

einsetzen. Die Toynbeehalle in Berlin wurde erst 1904 eröffnet, allerdings von den drei Berliner B'nai-B'rith-Logen, die dafür 8 000 Mark durch Spenden aufgebracht hatten. Offenbar gab es jedoch Differenzen zwischen den Logenbrüdern, die die Toynbeehalle führten, und den Zionisten, denn die Jüdische Rundschau schrieb 1905: „So läblich die Institution der Toynbeehalle ist, so dürfen wir doch wohl erinnern, dass wir seinerzeit namens Ihres Vorstandes ohne jede Veranlassung von der Mitarbeit ausgeladen wurden, weil wir Zionisten sind“ (*Jüdische Rundschau* 45/1905, S. 559).

Im Jahre 1908 zog die Toynbeehalle um und wurde in „Volksbildungs- und Unterhaltungsheim (Toynbeehalle)“ umbenannt. Während des Ersten Weltkrieges wurde sie zur Unterkunft für Notleidende. Erst in den 1920er-Jahren wurde in der Jüdischen Rundschau wieder jährlich von den Semestereröffnungen berichtet. 1926 wurde im Jüdischen Jahrbuch für Groß-Berlin die Mitgliederzahl von zirka 800 angegeben und zum Vereinszweck gesagt: „Veranstaltung von unentgeltlichen Unterhaltungs- und Vortragsabenden für die ärmeren jüdische Bevölkerung, um ihnen Anregungen geistiger und geselliger Art zu bieten, um so die sozialen Gegensätze zu mildern“ (*Jüdisches Jahrbuch für Groß-Berlin* 1926, S. 232).

Für die Jahre 1928 und 1929 liegt ein Jahresbericht vor, in dem betont wird, dass dem Vereinszweck der Wohltätigkeit im Sinne der Loge weiterhin entsprochen werden kann. Das Ende der Toynbeehalle kam 1937. Die Gestapo teilte der Deutschen Bank im April mit, dass die „Jüdische Toynbee-Halle für Volksbildung und Unterhaltung“ mit sofortiger Wirkung aufgelöst und verboten sei und alle Konten beschlagnahmt seien.

Das jüdische Volksheim in Hamburg | Während die Toynbeehallen im Wesentlichen auf Bildung und Unterhaltung setzten, wurde in den Volksheimen das ganze Erbe der Settler gepflegt. So wurde schon 1918, unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, in Altona bei Hamburg ein jüdisches Volksheim gegründet. Altona war bis 1937 eine selbstständige Stadt, in die verstärkt jüdische Zuwandernde aus Osteuropa zogen, die vor Armut und Verfolgung geflohen waren. 1925 lebten dort zirka 2 400 jüdische Einwohnerinnen und Einwohner, das entsprach einem Bevölkerungsanteil von 1,8 Prozent.

Aus dem Tritt

In Hamburg stirbt die elfjährige Chantal in ihrer Pflegefamilie an einer Überdosis Methadon, in Berlin die zweijährige Zoe an den Folgen körperlicher Gewalt. Das neue Jahr ist noch jung und schon überschattet durch diese neuerlichen Fälle von tödlicher Gewalt gegen Kinder. Die Medienberichte offenbaren Horrorszenarien und werfen die drängenden Fragen des Wie und Warum auf.

Es gibt darauf keine pauschalen Antworten. Jeder der beiden Fälle und der erschreckend vielen ähnlichen Gewalttaten in den vergangenen Jahren hat eine eigene Vorgeschichte. Und doch wird eines immer deutlicher: Nicht individuelles Versagen allein ist die Ursache, sondern es gibt strukturelle Fehlentwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfe, die offen benannt und entschlossen korrigiert werden müssen.

Zum Beispiel Berlin: Jahrelange Stellenkürzungen haben inzwischen eine doppelt fatale Wirkung: Den Jugendämtern fehlt es an ausreichend Personal, um angesichts der zunehmenden Zahl von Problemfamilien die angeordneten Hilfen der freien Träger wirksam steuern und kontrollieren zu können. Der Steuerungsbedarf ist zudem durch die neoliberal motivierte Ökonomisierung der sozialen Dienstleistungen und die daraus resultierende Verschärfung des Wettbewerbs sozialer Dienstleister untereinander eher größer als kleiner geworden. Tatsächlich aber sind die verbliebenen Strukturen der Jugendämter eklatant überaltert, die verbliebenen Mitarbeiter im Alter 50plus vielfach ausgebrannt. Durch die behördenspezifischen Beförderungsdynamiken gibt es außerdem eine Überzahl von „Häuptlingen“, aber kaum noch Praktikerinnen und Praktiker, die motiviert und in der Lage sind, die Knochenarbeit der konkreten Fallarbeit kompetent anzupacken.

Der Prozess einer kontinuierlichen Personalentwicklung ist in vielen Jugendbehörden aus dem Tritt geraten. Gegenseitige Befähigung Älterer und Jüngerer? Fehlanzeige! Andere Bundesländer sollten – soweit nicht schon geschehen – diese Fehler nicht wiederholen, und die betroffenen Behörden müssen jetzt mit Umsicht und viel Mühe an den Wiederaufbau gehen.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de